



Vierteljähriger Monatsschrift. In Breslau 5 Mark, Wochen-Thomann. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anzeigentragbare für den Raum einer sechsteiligen Zeit-Blatt 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Nr. 18. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Verkaufsstellen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Mittwoch, den 12. Januar 1876.

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. [Amliches.] Se. Majestät der König hat dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen königliche Hoheit, Sohn Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Carl von Preußen, den Schwarzen Adlerorden verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Major Issing, à la suite des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments und Vorstand des Artillerie-Depots zu Berlin, dem Capitän Freiherrn von Steinbütz, dem Capitän-Lieutenant Karcher, dem Oberbürgermeister Breslau zu Erfurt und dem Pastor Holscher zu Nienburg den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem commissarischen Kreis-Baumeister, Stadt-Baurath a. D. Sommer zu Wirsitz, früher zu Erfurt, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; den Schultheißen Weber zu Röllinghausen, im Kreise Hedinghausen und Schönborn zu Bitterfeld, im Kreise Mülheim, den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenlohe verliehen.

Se. Majestät der König hat den Militär-Intendantur-Sekretären Lüderwald vom II., Ulke und Wude vom VII., Löwenhardt vom III., Schiede vom XIV., Schmidt vom IV. und Hoppe vom IX. Armee-Corps den Charakter als Rechnungs-Rath; und den Intendantur-Registerbeamten Reich vom X. Armee-Corps und Böhmer vom Garde-Corps den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Berlin, 11. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute in Gegenwart Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen, und demnächst die Vorträge des General-Majors von Albedyll und des Oberst-Kämmerers, Grafen Nedern, entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern bei der Vorlesung im evangelischen Verein für kirchliche Zwecke anwesend.

(Reichs-Anz.)

○ Berlin, 11. Januar. [Das Kompetenzgesetz. — Die neue Städteordnung. — Personalien.] Die Mittheilung, daß der Kaiser den Landtag in Person eröffnen werde, bedarf noch sehr der Bestätigung; bisher ist eine dahin gehende Bestimmung noch nicht getroffen worden. — Die „National-Zeitung“ brachte gestern Abend die Mittheilung, daß das Kompetenzgesetz erst jetzt den einzelnen mitbeihilfeten Ressorts zugegangen sei und knüpfe daran gestern und heute verschiedene Bedenken und Consequenzen. Die Angabe beruht jedoch auf einem Irrthum. Der Gesetzentwurf ist vom Minister des Innern bereits mit einem Votum vom 11. November v. J. dem Staats-Ministerium und gleichzeitig den einzelnen Ministern vorgelegt worden. Die Vorberathung des alle Verwaltungsverhältnisse so unmittelbar berührenden Entwurfs hat jedoch in einzelnen Ministerien langwierige Erörterungen veranlaßt und hierdurch ist die Beschlüffassung im Staats-Ministerium bisher verzögert worden. — Auch

das Communal-Steuers-Gesetz ist seitens des Finanzministers und des Ministers des Innern schon vor etwa sechs Wochen den Einzelressorts vorgetragen worden, hat jedoch gleichfalls in einzelnen Ministerien erhebliche Schwierigkeiten gefunden. — Der Entwurf der neuen Städteordnung ist gedruckt und auch dem Staats-Ministerium bereits vorgelegt. Eine weitere Vorberathung mit Vertrauensmännern war von vornherein nicht in Aussicht genommen, um so weniger, als bei der Aufführung des Entwurfs die Ergebnisse der vorjährige Berathung mit einer Anzahl von Oberbürgermeistern zu Grunde lagen. — Von einer Ausdehnung der Reformgesetzgebung auf die westlichen Provinzen ist für die bevorstehende Session entschieden Abstand genommen worden. Auch darf man aus Neuersungen liberaler Blätter schließen, daß ein erneuter Antrag Birchom's diesmal schwerlich eine Mehrheit finden würde. — Die Angabe letzterer Morgenblätter, daß der Minister des Innern sich am Freitag nach Schlesien begeben habe, beruht auf Irrthum. Graf Eulenburg hat Berlin in letzterer Zeit nicht verlassen.

— Die Besetzung des Oberpräsidiums von Kassel ist nunmehr erfolgt und wird die betreffende Ernennung unverweilt veröffentlicht werden. — Der Legationssekretär von Bülow, Sohn des Staatssekretärs, ist, wie wir hören, als stellvertretender Botschaftssekretär nach St. Petersburg gesandt worden.

= Berlin, 11. Jan. [Der Bundesrat und die Justiz-Commission. — Das Ministerium für Elsaß-Lothringen. — Staatsbauten.] Die Geschäfte des Bundesrates haben sich in der letzten Zeit so gestaltet, daß wohl schon für die nächsten Tage eine Plenarsitzung zu erwarten ist. In derselben werden theils die inzwischen erschienenen Vorlagen, deren wir bereits Erwähnung thaten, den Ausschüssen überwiesen werden, theils noch restirende Arbeiten für den Reichstag fertig gestellt werden. Der Schwerpunkt der Bundesratsarbeiten wird dann aber im Weiteren in den Berathungen über die Beschlüsse der Justiz-Commission des Reichstages zu suchen sein, welche letztere in erster Lesung über die Straf-Prozeß-Ordnung gesetzt hat. Die Dispositionen sind so getroffen, daß mit diesen Arbeiten zugleich auch die bevorstehenden Reichstags-Beschlüsse beziehentlich der Strafrechts-Novelle damit verknüpft werden können. An diesen Arbeiten werden die Justiz-Minister von Bayern, Württemberg, Sachen und Baden sich beteiligen und einer oder der andere dieser Herren wird, wie man allgemein erwartet, auch an den weiteren Berathungen der Justizcommission Theil nehmen. — Die Antrittungen, welche wir an der Hand der tatsächlichen Lage, über die Pläne bez. eines eigenen Ministeriums für Elsaß-Lothringen mitgetheilt haben, sind, wie es scheint, Gegenstand weiterer Mittheilungen geworden, wonach die Angelegenheit bereits in Berathung gezogen und wegen entgegenstehender Schwierigkeiten ausgegeben worden wäre; namentlich sollen diese letzteren wegen des Sitzes des künftigen Ministeriums sich als unübersteigbar erwiesen haben. Nun stellt sich heraus, daß von einem näheren Eingehen auf die Angelegenheit fälglich noch gar nicht die Rede sein konnte und daß unter allen Umständen die unerlässliche Vorbedingung der ganzen Frage sein würde, daß der Minister in Berlin und der Ober-Präsident in Straßburg seinen Sitz haben würde, hierin aber dürften am wenigsten Schwierigkeiten für die Ausführung des Planes zu suchen sein, welche, wie gesagt, jedenfalls noch auf sich warten lassen wird. — Auch in dem diesjährigen preußischen Staatshaushalt-Etat wird der Landtag Gelegenheit erhalten, den großen Staatsbauten näher zu treten, welche vielfach als dringend wünschenswert bezeichnet werden sind. Es wird zunächst über die Gründe berichtet werden, aus denen sich der Bau der Fürstengruft in Berlin bislang verzögert hat. Der Bau wird bestäntig im nächsten Frühjahr seinen Anfang nehmen und bei dann zu erwartender ununterbrochener Förderung in etwa 5 Jahren vollendet sein können. Ferner wird die Regierung in bestimmter Weise, als es bisher geschehen

könnte, Aufschluß über den Bibliotheksbau geben. Die Bibliothek wird definitiv in das jetzige Kunstabteilungsgebäude, dessen Umfang durch die zu erwerbenden Nachbarterrains in der Charlotten- und Dorotheenstraße erweitert wird, verlegt werden. Die Angabe, daß der Cultusminister wegen Ankaufs von Grundstücken in der Dorotheenstraße zu der dort zu erbauenden Bibliothek unterhandle, ist positiv falsch. Endlich wird noch über den Plan zur Errichtung des künftigen Akademiegebäudes berichtet werden, welcher dahin geht, das Packhofsgebäude zu überbrücken und die Akademie auf der so entstandenen Terrasse zu erbauen. Über dies Project wird demnächst an Se. Majestät den Kaiser berichtet und der Landtag wohl mit der Bewilligung der Kosten für Ausarbeitung des Projects vorläufig besetzt werden.

N.-L.C. [Die Untersuchung gegen den Erzbischof von Köln.] Morgen, Mittwoch, den 12. Januar, wird der Königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten eine Sitzung halten, um über die Voruntersuchung gegen den Erzbischof von Köln Beschluß zu fassen. Das Absehungsvorfahren gegen Bischof begann bekanntlich mit der Aufforderung zur Niederlegung des Amtes durch den Oberpräsidenten. Wird dieser Aufforderung nicht binnen gesetzter Frist Folge gegeben, so stellt der Oberpräsident bei dem Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten den Antrag auf Einleitung des Verfahrens. Auf das Ersuchen des Gerichtshofes hat das Gericht höherer Instanz, in dessen Bezirk der Angeklagte seinen amtlichen Wohnsitz hat, im vorliegenden Falle also das Appellationsgericht zu Köln, einen elaiasmäßigen Richter mit Führung der Voruntersuchung zu beauftragen. In diesem Stadium befindet sich also gegenwärtig die Angelegenheit; es handelt sich zunächst um Einleitung der Voruntersuchung, nicht aber um die Absezung selbst. In gleicher Lage ist, soweit wir wissen, die Angelegenheit des Bischofs von Trier. Dagegen ist es dunkel, warum über den Verlauf der seit einer Reihe von Monaten schwelenden Anklage gegen den Bischof von Münster gar nichts mehr verlautet.

[Zum Bau des Reichstags-Gebäudes] melbet der „Reichs-Anzeiger“: Die preußische Regierung hat bei dem Bundesrat beantragt, derselbe wolle seine Zustimmung ertheilen, daß beim Reichstag ein Antrag eingebracht werde, wonach der Reichskanzler ermächtigt wird, zum Zwecke der Errichtung des Reichstagsgebäudes über die Erwerbung der Grundstücke des Kroll'schen Etablissements in Berlin und einer angrenzenden Fläche des Thiergartens durch das Reich mit der preußischen Regierung und den sonstigen Beteiligten in Verhandlung zu treten.

D. R.-C. [Das Dreyse'sche Gewehr.] Unseren Informationen zufolge übertrifft das von dem Geheimrath von Dreyse in Sommerda neuerdings konstruite Infanteriegewehr das in den letzten Jahren eingeführte Mausergewehr in Bezug auf Einfachheit, Tragwerte und Treffsicherheit in so hohem Grade, daß in militärischen Kreisen die Frage bereits stark ventilirt wird, ob es nicht gerathen sei, zu einer Einführung des neuen Dreyse'schen Gewehrs zu schreiten, und das Mauser'sche Gewehr der Landwehr zu überlassen. Bekanntlich ist letztere mit dem alten Zündnadelgewehr noch bewaffnet.

Königsberg, 10. Januar. [Austritt.] Wie die „Königsberger Ztg.“ erfährt, hat Herr v. Saucken-Tarpuschen, nachdem er zum Vorsitzenden des Provincial-Landtages gewählt ist, der parlamentarischen Sitte gemäß und im Einverständniß mit seiner Partei seinen Austritt aus der liberalen Fraction des Provincial-Landtages erklärt.

Altona, 10. Januar. [Die Spaltung unter den hiesigen Socialdemokraten] tritt immer deutlicher zu Tage und scheint immer größere Dimensionen anzunehmen. Der ostensible Grund zu derselben ist die Ausschließung verschiedener Parteigenossen (darunter Richter in Wandsbeck), welche sich zu dem Gothaer Programm der sozialistischen Arbeiterpartei in Opposition gesetzt hatten. Von verschiedenen Parteigenossen ist an die Control-Commission eine Beschwerde über den Vorstand der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei gerichtet worden. Nachdem bereits in einer früheren Parteiversammlung das Antwortschreiben der Commission verlesen und diese sowohl wie der Ausschuss heftig angegriffen worden, nachdem beschlossen worden, durch auszuwendende Agitatoren die Socialisten an anderen Orten über das Ausgestoßenen und dadurch zugleich den hiesigen Parteigenossen zugesetzte Schreie Unrecht aufzuklären und Unterschriften zu sammeln zu einer an die Control-Commission zu richtenden Erklärung, in welcher ausgesprochen werden soll, daß die Unterzeichner treu zu den Ausgestoßenen stehen und sich mit diesen als gleichfalls ausgeschlossen betrachten wollen. Nachdem bereits in verschiedenen Partei-Versammlungen der Parteidader mächtig aufgestimmt wurde am Freitag Abend abermals in „Koppelman's Salon“ eine Versammlung abgehalten, in welcher der Verleger des Braunschweiger „Volksfreundes“, Bracke, einen Vortrag hält. Aber auch hier brach der Streit zwischen den Parteien auf's neue los. Vergabens bemühte sich der Reichstags-Abgeordnete Hosenblever, die Leidenschaften zu besänftigen. Der Streit nahm endlich einen tumultuarischen Charakter an, daß der überwachende Beamte, Ober-Polizei-Sergeant Weise, sich veranlaßt sah, die Versammlung aufzulösen.

Leipzig, 11. Januar. [Die Zeichnung auf die Anhalter Prioritäten] ist heute Morgen hier geschlossen worden und dürfte in Folge der Ueberzeichnung eine Repartition stattfinden.

Fulda, 10. Januar. [Ein modus vivendi.] Die „M. Ztg.“ schreibt: Die Regierung hat dem hiesigen Bischofsumsverweser Hahne gegenüber einen modus vivendi eingeschlagen, der von demjenigen, welchen man in sämtlichen übrigen Bischofumern beobachtete, abweicht. Die Salmünsterer Klostergeistlichen und der Pater Tidtor Modest zu Höflebier hatten bekanntlich nach Auflösung des Franziskanerordens die pfarramtlichen Funktionen in den erledigten Parochien bis zum Anfang des vorigen Monats ungestört ausgeübt, bis auch ihnen die weitere Vornahme aller geistlichen Amtshandlungen untersagt wurde. Kurze Zeit darauf erging an den Bischofumverweser Hahne von der Regierung die Aufforderung, diejenigen Geistlichen zu bezeichnen, welche mit der Verfehlung der pfarramtlichen Amtshandlungen zu Salmünster und Höflebier zu beauftragen sein durften. Herr Hahne beeilte sich nun natürlicher Weise, die beiden Franziskanerpater des aufgelösten Salmünsterer Klosters so wie auch den Pater Tidtor Modest als die geeigneten Persönlichkeiten zu bezeichnen, wos nach die Regierung gegen deren weitere Bestallung als Pfarrer verweigerter nichts einzubinden gehabt haben soll. Dies der Vorgang, welcher

in den jüngsten Tagen so viel Rumor in den Zeitungen verursacht hat. Die einzige wahre Thatsache hat aber bis jetzt noch keine derselben gebracht.

München, 10. Januar. [Die Civilie und die Armee.] Wie in Offizierskreisen das Gerücht geht, soll eine königliche Entscheidung in Aussicht stehen, durch welche der Wunsch ausgesprochen werde, daß Civilbeamte, Offiziere u. c. nach dem civilem Trauungsbac auch der kirchlichen Einsegnung sich unterziehen sollen.

Stuttgart, 10. Januar. [Erklärung.] Die heute hier stattgehabte Landesversammlung der württembergischen Volkspartei hat nach dem Vortrage des Banquiers Hausmeister folgende Erklärung beschlossen:

„Der Übergang sämtlicher Verlehranstalten an den Staat entspricht den Interessen des Verlehrs und dem Programm der deutschen Volkspartei, welche die Überlassung von Monopolen an Privatgesellschaften grundsätzlich ausschließt. Was jedoch den projectirten Übergang der deutschen Bahnen an das Reich betrifft, so entspricht sie gegenwärtige Organisation des Reichs und der Reichsbahnen in keiner Weise den Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbesondere würde die in den Einzelstaaten bestehende parlamentarische Kontrolle über das Eisenbahnen vollständig verloren gehen. Die Versammlung der deutschen Volkspartei in Württemberg vom 6. Januar erklärt sich daher überhaupt gegen die Erwerbung deutscher Eisenbahnen durch das Reich, so lange nicht ein wahrhaft constitutionelles Reichs- und der Reichsbahnen in einer Weise der Voraussetzungen einer segensreichen Centralisation des Eisenbahnwesens. Bei dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien insbes

soll; wird es bis dahin noch einmal nothwendig, die Kammer zu hören, so kann man es einstweilen noch ohne Thronrede thun. Das ist augenblicklich nicht so ganz gleichgültig, wie es scheint.

[*Civilliste.*] Die „Gazzette ufficiale“ bringt einen Cabinetsordre (Decreto Reale), mit der aus dem Staatschaz eine halbe Million an das Ministerium des Königlichen Hauses verabreicht wird, natürlich unter Vorbehalt der Zustimmung des Parlaments. Die Bedrängnis der Civilliste muß wohl eine sehr dringende sein, wenn man in einer so delicate Sache den König zu einer Cabinetsordre greifen sieht. Münghetti, dem es doch sonst nicht an Geschicklichkeit fehlt, hat sich in dieser Angelegenheit außerordentlich linkisch benommen. Es wäre wohl Pflicht gewesen, die Würde der Krone in dieser reinen Geldsache etwas mehr zu schützen, als es Münghetti gethan hat.

[*Sella*] wird wahrscheinlich übermorgen von hier abreisen, um die Eisenbahnangelegenheit, soweit sie die Trennung der österreichischen Südbahn von der lombardisch-venetianischen Linie betrifft, in Wien zu ordnen.

Frankreich.

* Paris, 9. Jan. [Aus dem Schreiben Casimir Perier's an seine Wähler in der Aube.] dessen wir schon Erwähnung thaten, führen wir noch einige Stellen wörtlich an. Casimir Perier sagt darin:

„Sie werden das erste Parlament der Republik bilden. Candidaten verschieden Ursprungs werden sich auch vorstellen. In einem Lande, das von so vielen Revolutionen erschüttert wurde, kann es kein Grund sein, ausgeschlossen zu werden, weil man zu anderen Seiten anderen Regierungsformen zugewandt war; die Zustimmungsverlärungen zu den gegenwärtigen Institutionen müssen offen und klar sein, die Verpflichtung ohne Zweideutigkeit. Darin und mehr noch in dem persönlichen Charakter und der Gerechtigkeit des Auftretens müßten Sie Ihre Garantien suchen. Die Monarchie scheiterte an dem unbeständigen Hindernis von zwei unverhüllten Prinzipien; das unter der Wucht seiner Fehler und unserer Unglücksfälle zusammengebrochene Kaiserreich würde dazu verurtheilt sein, in einem neuen Krieg seine unmögliche Rehabilitation zu suchen. Ich habe das Recht, mich hier an die Erinnerung aller — und sie sind zahlreich — zu wenden, die gehört haben, wie ich bei den Wahlen von 1869 die uns bedrohenden Folgen und Katastrophen voraussagte. Das Ereigniß, welches um Vieles meine traurigen Voraussagungen überstieg, gab mir auf zu schnelle und zu grausame Weise Recht! Keiner von Ihnen wird solchen Gefahren entgegenen und das Land in dieselben stürzen wollen. Dreimal waren die Bonapartes für die Invasion und die Zerstörung des Vaterlandes. Das ist genug! Ihr Egoismus aber muß sein, Frankreich aufzuhören und seine Wunden heilen zu lassen. Dies ist nicht die einzige Klippe; und obgleich andere Gefahren, welche der Geist der Reaction schärflich übertrieben hat, unser friedliches Departement wenig bedrohen, so darf man sie doch nicht verheimlichen. Jede Freiheitlichkeit besitzt in ihrer Mitte Sectirer, Utopisten, Männer mit aussichtslosen Doctrinen, welche dem Triumph ihrer Theorien Alles aufopfern. Es gibt nur Chymären in ihren Träumereien, Enttäuschung in ihren Versprechungen. Der einfache gewöhnliche Menschenstand reicht hin, um sich vor ihnen zu hüten. Was das anbelangt, welche zugleich schuldvoll und gefährlich, zu gewaltsamen Maßregeln aufrufen, auf die Unwissenheit und die Leichtgläubigkeit spekulieren und alle Leiden zum Nutzen ihrer schlechten Leidenschaften ausbeuten, so muß sie die öffentliche Wohlbilligung treffen. Diese sind die schlimmsten Feinde des Republik; sie decken sich nur mit ihrem Namen, um Hass gegen sie zu erregen; sie entleben dieselbe, wenn sie dieselbe nicht verrathen. Wir werden neue Revolutionen nur verhindern, wir werden Frankreich nur die Ruhe und die Arbeit sichern, wenn wir es den unfruchtbaren Bewegungen machloser Parteien entziehen. Achten wir und verschaffen wir der Verfassung und den Rechten Achtung, welche sie dem tapferen Soldaten überträgt, der Präsident der Republik geworden, frei und loyal die Bewahrung der seiner Ehre anvertrauten Bandes angenommen hat. Bewilligen wir unsere Stimmen nur solchen Bewerbern, welche Republikaner von gestern oder von heute, diese Republik tadellos mit den konserватiven Interessen eng verbunden wollen und die niemals die Demokratie von der Freiheit, die Freiheit von der Ordnung trennen. Verlangen wir von den Candidaten die schriftliche Erklärung, daß das Recht der Revision in ihren Augen nur ein Mittel sei, die Institutionen zu verbessern, zu beseitigen, und nie eine Waffe, um sie zu vernichten. Awei Drittel der Senatoren, welche dieses Jahr gewählt werden, sind 1880 noch im Amt, und alle, wie auch die 1876 gewählten Deputirten, können übrigens über die Revision zu befinden haben, wenn der Präsident vor 1880 den Antrag dazu stellt und wenn die beiden Kammern ihn annehmen. Es ist also unumgänglich nothwendig, daß die Candidaten sich über diesen Punkt erklären. Die allgemeinen und unbestimmt gehaltenen Glaubensbekennnisse, die großen Worte, die keinen Sinn haben, und heute nicht mehr an der Tagesordnung. Frankreich ist der Zweideutigkeiten und der heimlichen Vorbehalte milde; Jeder muß klar bekannt geben, was er will; Sie werden es fordern und Jeden entschlossen befehligen, der seine Gedanken verschleiert; denn wer das thut, wird Sie zu läusigen versuchen.“

[*Reclame für Magne.*] Die Angriffe des „Figaro“ auf Leon Say entpuppten sich ganz einfach als Reclame für Magne. „Magne ist die Unleiche“, pflegte man unter Napoleon III. zu sagen, man kann aber eben so gut sagen: „Magne ist die Reclame“. Magne will wieder Finanz-Minister werden und benutzt Buffet's Abneigung gegen Say, um durch den „Figaro“ sich als den richtigen Finanz-Minister der Zukunft empfehlen zu lassen, wie er viertmal der Finanz-Minister der Vergangenheit war.

[*Gegen Leon Say.*] Der „Soit“, eines der gemäßigten bonapartistischen Blätter, das Buffet unterstützte, greift Leon Say ebenfalls sehr scharf an und fordert ihn, wie es auch der „Figaro“ gethan, dazu auf, seine Entlassung zu geben. Diese Angriffe sind von Buffet inspirirt, der sich dieses unbedeuften Collegen gern entledigen möchte, aber wegen Dufaure nicht offen gegen ihn aufzutreten wagt.

[*Zu den Wahlen.*] In der Gironde (Bordeaux) wird Buffet für die bonapartistische Senatorenliste eintreten. Die Orléanisten und sonstigen Anhänger Buffet's haben dort nicht die geringste Aussicht, gewählt zu werden, und der Präfect hat deshalb die Weisung erhalten, nur die republikanischen Candidaten zu befähigen. Wie man erfährt, begiebt sich Gambetta während der Wahlperiode auch nach Orient.

[*Zur Presse.*] Bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes, also bis zum Monat Mai, werden in Paris keine neuen Blätter erscheinen. Trotz des neuen Pressgesetzes bleibt der Gouverneur von Paris, General Ladrinault, dabei, eine jede Concession zu verweigern.

Belgien.

Brüssel, 6. Januar. [Zum Strike der Arbeiter im Hennegau. — Tactlosigkeit eines Prinzen.] Verlossen Sonnabend, schreibt man dem „Frank. Journal“, fand ein Minister-Rath unter dem Vorsitz des Königs statt, worin die eventuellen Maßregeln besprochen wurden, im Falle der Strike der Gruben-Arbeiter im Hennegau sich auch auf die übrigen Kohlen-Districte ausdehnen und einen die öffentliche Ruhe bedrohenden Charakter annehmen würde. Was dieses Mal der Arbeits-Einstellung eine beunruhigende Seite gab, war der Umstand, daß kaum ein Grubenarbeiter im Hennegau oder im Kohlen-Becken von Charleroi zu treffen ist, der nicht sein Gewehr hätte. Der Minister-Rath soll denn auch einstimmig beschlossen haben, bei dem geringsten tumult den Belagerungszustand über alle Kohlen-Bergwerks-Districte zu verhängen, um so gelegentlich die Entwaffnung herbeizuführen. Glücklicherweise wurde der Regierung diese extreme Maßregel, welche seit 1830 nie mehr in Belgien ergripen wurde, erspart. Es fiel auch nicht die geringste Gewaltthätigkeit vor. Hier und da sind die Arbeiten wieder aufgenommen worden, und man schreibt uns, dies wäre wohl bereits allseitig erfolgt, verweigerten die Gruben-Besitzer nicht hartnäckig auch die geringste Concession. Man darf sich daher kaum wundern, daß einzelne Eigentümner sich durch ihre Härte so verhaft gemacht, daß sie seit Wochen förmlich eine Garnison in ihren Wohnungen haben, um sich vor der Rache der Arbeiter zu schützen. Der Strike ist übrigens dieses Mal durch den Besluß der Gruben-

Besitzer herbeigeführt worden, die Höhe um 20 p.C. herabzusetzen. Eine solche Lohn-Herabsetzung mittler im Winter mußte nothwendigerweise zum Strike führen. — Während sich diese traurigen Scenen im Hennegau abspielten, hatte der clericale Gouverneur Prinz Caraman d. Ch. May, Bruder der bekannten Prinzessin von Beaufremont, ebenfalls durch seine Intoleranz eine neue Art Strike provocirt. Der Prinz weigerte sich, einen Offizier der dortigen Garnison auf seinen Jahres-Ball einzuladen, und als dieser nach dem Grunde forschte, erhielt er als Bescheid, es sei seiner Civil-Trauung halber. Herr Weiler (so hieß der Offizier) hatte sich nur bürgerlich und nicht auch durch die Kirche trauen lassen. Die auf den Zwischenfall bezügliche Correspondenz ward veröffentlicht, und die Folge davon war, daß ein großer Theil der eingeladenen dem Gouverneur ihre Einladungen mit Protest zurücksendten. Das Cabinet soll höchst ungehalten über die Tactlosigkeit des Prinzen sein, der bei dieser Gelegenheit sehr unangenehme Erinnerungen an seine Großmutter, der berühmten Madame Tallien, über sich ergehen lassen muß.

Großbritannien.

* London, 8. Januar. [Aus dem Malayenkriege.] Eine Meldung, welche gestern Nachmittag aus Penang eintraf, ist seindem durch amtliche Depeschen des Gouverneurs Sir W. F. D. Jervois an dem Colonialminister bestätigt worden. Dieser Depesche zufolge verfügte sich Brigadier-General Ross am 4. d. M. mit 180 Mann — nämlich 100 vom 3. Regiment, 45 Guards, 12 Artilleristen und 29 Seelen — nach Kota Lama am Perakfluss, um dieses aufrührerische „Räuberfest“, wie er es nannt, zu entwaffnen. Mit der Ausführung betraute er den Oberst-Lieutenant Cox. Dieser sauberte mit Leidigkeit das rechte Stromufer; auf dem linken stieß er auf keinen Widerstand. Er ließ dem General melden, daß das Dorf sei von den Eingeborenen verlassen, und darauf landete Ross mit seinem kleinen Stab und einer Eskorte von wenigen Mann auf dem linken Ufer. Wie er gelandet war, stürzte eine Abteilung Malayen mit Musketen und Speeren aus einem Berstedt-berg vor, umzingelte das kleine Häuslein, tödete einen Major, zwei Seelen und einen Ghurka, und verwundete einen Arzt und zwei Ghurkas. Darauf wurden die Malayen zurückgeschlagen und das Dorf auf dem linken Ufer war ganz zerstört. Die gesammte Truppen-Abteilung lehrte als bald nach Duala Range, drei Kilometerstromabwärts, zurück. In den Staaten in der Umgebung von Malakka ist eine gemischte Truppen-Abteilung ganz durchmarschiert, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Die feindlichen Häuplinge sind entflohen, die beunruhigten Bewohner lehren jetzt in ihre Heimatorte zurück. Die englischen Truppen stehen zur Zeit in Sungai Ujong und Malakka. Gouverneur Jervois traf gestern, von Peral kommend, in Penang ein und wollte als bald nach Malakka weiterreisen, um dort Regierungsgeschäfte zu ordnen.

[Der Prinz von Wales in Indien.] Aus Ludnow, wo selbst der Prinz von Wales am 6. d. Abends eintrat, wird dem Neuterischen Bureau unter dem 7. d. gemeldet: Die Einwohnerschaft empfing den Prinzen mit jedem Merkmal der Herzlichkeit und Achtung. Die Straßen, welche er auf dem Wege nach dem Regierungsgebäude passierte, waren geschmückt und es batten sich Massen von Eingeborenen eingefunden. Heute Nachmittag empfing der Prinz, umgeben von seinem Gefolge, die europäischen Einwohner und begab sich hierauf nach dem alten Gefangenheits-Gebäude, welches er in auferklemmten Augenhein nahm. — Dann legte er den Grundstein des Northbrook-Monuments, welches im Garten den eingeborenen Soldaten, die in der Verbündigung des Gesamtstaats-Gebäudes gefallen, errichtet werden soll. Es wurde eine Adresse verlesen, auf welche der Prinz eine Erwidderung ertheilte, in der er die Tapferkeit der Gefallenen sehr lobte und sich über den Werth eines solchen Monuments als ein Sporn für Treue verbreite. Dann wurde dem Prinzen eine große Anzahl von Veteranen, welche gegen die Rebellen gekämpft hatten, vorgestellt. — Morgen begiebt sich der Prinz auf die Egerjagd. Die Stadt ist brillant illuminiert.

London, 8. Januar. [Über den Zustand der chinesischen Armee.] Sieht man die schlimmsten Feinde des Republik; sie decken sich nur mit ihrem Namen, um Hass gegen sie zu erregen; sie entleben dieselbe, wenn sie dieselbe nicht verrathen. Wir werden neue Revolutionen nur verhindern, wir werden Frankreich nur die Ruhe und die Arbeit sichern, wenn wir den unfruchtbaren Bewegungen machloser Parteien entziehen. Achten wir und verschaffen wir der Verfassung und den Rechten Achtung, welche sie dem tapferen Soldaten überträgt, der Präsident der Republik geworden, frei und loyal die Bewahrung der seiner Ehre anvertrauten Bandes angenommen hat. Bewilligen wir unsere Stimmen nur solchen Bewerbern, welche Republikaner von gestern oder von heute, diese Republik tadellos mit den konserватiven Interessen eng verbunden wollen und die niemals die Demokratie von der Freiheit, die Freiheit von der Ordnung trennen. Verlangen wir von den Candidaten die schriftliche Erklärung, daß das Recht der Revision in ihren Augen nur ein Mittel sei, die Institutionen zu verbessern, zu beseitigen, und nie eine Waffe, um sie zu vernichten. Awei Drittel der Senatoren, welche dieses Jahr gewählt werden, sind 1880 noch im Amt, und alle, wie auch die 1876 gewählten Deputirten, können übrigens über die Revision zu befinden haben, wenn der Präsident vor 1880 den Antrag dazu stellt und wenn die beiden Kammern ihn annehmen. Es ist also unumgänglich nothwendig, daß die Candidaten sich über diesen Punkt erklären. Die allgemeinen und unbestimmt gehaltenen Glaubensbekennnisse, die großen Worte, die keinen Sinn haben, und heute nicht mehr an der Tagesordnung. Frankreich ist der Zweideutigkeiten und der heimlichen Vorbehalte milde; Jeder muß klar bekannt geben, was er will; Sie werden es fordern und Jeden entschlossen befehligen, der seine Gedanken verschleiert; denn wer das thut, wird Sie zu läusigen versuchen.“

[Reclame für Magne.] Die Angriffe des „Figaro“ auf Leon

Say entpuppten sich ganz einfach als Reclame für Magne. „Magne ist die Unleiche“, pflegte man unter Napoleon III. zu sagen, man kann aber eben so gut sagen: „Magne ist die Reclame“. Magne will wieder Finanz-Minister werden und benutzt Buffet's Abneigung gegen Say, um durch den „Figaro“ sich als den richtigen Finanz-Minister der Zukunft empfehlen zu lassen, wie er viertmal der Finanz-Minister der Vergangenheit war,

[Gegen Leon Say.] Der „Soit“, eines der gemäßigten bonapartistischen Blätter, das Buffet unterstützte, greift Leon Say ebenfalls sehr scharf an und fordert ihn, wie es auch der „Figaro“ gethan, dazu auf, seine Entlassung zu geben. Diese Angriffe sind von Buffet inspirirt, der sich dieses unbedeuften Collegen gern entledigen möchte, aber wegen Dufaure nicht offen gegen ihn aufzutreten wagt.

[Zu den Wahlen.] In der Gironde (Bordeaux) wird Buffet für die bonapartistische Senatorenliste eintreten. Die Orléanisten und sonstigen Anhänger Buffet's haben dort nicht die geringste Aussicht, gewählt zu werden, und der Präfect hat deshalb die Weisung erhalten, nur die republikanischen Candidaten zu befähigen. Wie man erfährt, begiebt sich Gambetta während der Wahlperiode auch nach Orient.

[Zur Presse.] Bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes, also bis zum Monat Mai, werden in Paris keine neuen Blätter erscheinen. Trotz des neuen Pressgesetzes bleibt der Gouverneur von Paris, General Ladrinault, dabei, eine jede Concession zu verweigern.

Belgien.

Brüssel, 6. Januar. [Zum Strike der Arbeiter im Hennegau. — Tactlosigkeit eines Prinzen.] Verlossen Sonnabend, schreibt man dem „Frank. Journal“, fand ein Minister-Rath unter dem Vorsitz des Königs statt, worin die eventuellen Maßregeln besprochen wurden, im Falle der Strike der Gruben-Arbeiter im Hennegau sich auch auf die übrigen Kohlen-Districte ausdehnen und einen die öffentliche Ruhe bedrohenden Charakter annehmen würde. Was dieses Mal der Arbeits-Einstellung eine beunruhigende Seite gab, war der Umstand, daß kaum ein Grubenarbeiter im Hennegau oder im Kohlen-Becken von Charleroi zu treffen ist, der nicht sein Gewehr hätte. Der Minister-Rath soll denn auch einstimmig beschlossen haben, bei dem geringsten tumult den Belagerungszustand über alle Kohlen-Bergwerks-Districte zu verhängen, um so gelegentlich die Entwaffnung herbeizuführen. Glücklicherweise wurde der Regierung diese extreme Maßregel, welche seit 1830 nie mehr in Belgien ergripen wurde, erspart. Es fiel auch nicht die geringste Gewaltthätigkeit vor. Hier und da sind die Arbeiten wieder aufgenommen worden, und man schreibt uns, dies wäre wohl bereits allseitig erfolgt, verweigerten die Gruben-Besitzer nicht hartnäckig auch die geringste Concession. Man darf sich daher kaum wundern, daß einzelne Eigentümner sich durch ihre Härte so verhaft gemacht, daß sie seit Wochen förmlich eine Garnison in ihren Wohnungen haben, um sich vor der Rache der Arbeiter zu schützen. Der Strike ist übrigens dieses Mal durch den Besluß der Gruben-

Besitzer herbeigeführt worden, die Höhe um 20 p.C. herabzusetzen. Eine solche Lohn-Herabsetzung mittler im Winter mußte nothwendigerweise zum Strike führen. — Während sich diese traurigen Scenen im Hennegau abspielten, hatte der clericale Gouverneur Prinz Caraman d. Ch. May, Bruder der bekannten Prinzessin von Beaufremont, ebenfalls durch seine Intoleranz eine neue Art Strike provocirt. Der Prinz weigerte sich, einen Offizier der dortigen Garnison auf seinen Jahres-Ball einzuladen, und als dieser nach dem Grunde forschte, erhielt er als Bescheid, es sei seiner Civil-Trauung halber. Herr Weiler (so hieß der Offizier) hatte sich nur bürgerlich und nicht auch durch die Kirche trauen lassen. Die auf den Zwischenfall bezügliche Correspondenz ward veröffentlicht, und die Folge davon war, daß ein großer Theil der eingeladenen dem Gouverneur ihre Einladungen mit Protest zurücksendten. Das Cabinet soll höchst ungehalten über die Tactlosigkeit des Prinzen sein, der bei dieser Gelegenheit sehr unangenehme Erinnerungen an seine Großmutter, der berühmten Madame Tallien, über sich ergehen lassen muß.

offenbar, jeder Versuch, Cuba ferner von Madrid aus zu regieren, fruchtlos sein müsse, so scheine doch Spanien keineswegs gewillt, die Insel aufzugeben, und auch ein neuenswerther Theil der cubanischen Bevölkerung sei offenbar der Loslösung ihrer Insel von dem Mutterlande entschieden abgewichen. Unter diesen Umständen regt der amerikanische Minister den Gedanken der Bildung einer autonomen Conföderation nach Vorbild des kanadischen Bundes an, welcher aus den Inseln Cuba und Portorico bestehen würde. Die Conföderation soll vollkommen autonom sein, jedoch unter einem General-Gouverneur stehen, welchen der König von Spanien nach seiner Wahl zu ernennen hätte. In dem Rundschreiben befiehlt der amerikanische Minister die europäischen Regierungen nicht allein um ihre Ansicht über diesen Vorschlag, sondern auch über ihre Bereitwilligkeit, den Vereinigten Staaten bei Gestaltung derselben zur Hand zu gehen, und über ihre Meinung, welche Art des Vorgebns sich wohl am meisten empfehlen würde. Selbstverständlich habe die Aufhebung der Sklaverei in Cuba als eine unumgängliche Bedingung zu gelten. Die intervenirenden Mächte würden gebeten sein, die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen zu vermögen. Dies, giebt dies zu, würde erhebliche Schwierigkeiten haben, jedoch keineswegs unüberwindliche, und wenn die europäischen Mächte ihm nur in der Angelegenheit beitreten wollen, so erhöht er sich einen glänzenden Erfolg, ohne die Kränkung des spanischen Souveränitätsgefühls.

Die Einleitung dieser Note ist ihrem wesentlichen Inhalte nach schon aus der Jahresbotschaft bekannt, welche der Präsident Grant vor einigen Wochen an den in Washington zur neuen Session zusammengetretenen Congress gerichtet hat.

Provinzial-Beitung.

Schlesischer Provinzial-Landtag.

A. Breslau, 11. Jan. [Sitzung vom 11. Januar.] (Schluß)

Zu § 2. „Vorbehaltlich der im § 27 des Fischerei Gesetzes zugestandenen Ausnahmen dürfen Fischbrut und Fischzucht ingleichen Fische der im § 1. Ziffer 2 bezeichneten Arten unter dem dafelbst angegebener Maße weder freigelassen noch verlaufen, noch verendet werden, ohne Unterschied, ob sie aus geschlossenen oder nicht geschlossenen Gewässern gewonnen sind“, nimmt Abgeordneter Riedel das Wort. Die generellen Bestimmungen erlauben für die künstliche Fischzucht nicht anscheinend. Sie müßte wünschen, daß sie nicht blos Fischbrut und Schlinge, sondern auch vollkommen ausgebildete Fische in andere Bäche und Teiche versezten könnte, um von Zeit zu Zeit die Fischthiere erneut zu können. Es müßte also auch das Fangen und Verenden grösster Fische im Interesse der Fischzucht gestattet sein. Redner beantragt daher, die § 2 wie folgt zu setzen:

„Vorbehaltlich der im § 27 z. bis gewonnen worden sind; nur im Interesse wissenschaftlicher Untersuchungen oder gemeinnütziger Zwecke und für die Zwecke der künstlichen Fischzucht ist das Fangen, Verkaufen und Versenden von Fischbrut, Schlingen und grösseren Fischen gestattet.“

Abg. Dr. Lewald bittet im Interesse der zoologischen Gärten, diesem Antrage zuzustimmen. Der hiesige Garten sei durch das Gesetz in die absolute Lage gerathen, nur mit Notth sei es gelungen, demselben die Berechtigung zum Fangen der für die Erhaltung seiner Thiere notwendigen Fische unter polizeilicher Controle für ein Jahr zu erlangen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren v. Verleysch, Lewald und v. Tschierschky wird § 2 in der von Riedel beantragten Fassung angenommen.

Der § 3 lautet:

„Geschlossene Gewässer sind einer Schonzeit nicht unterworfen. Alle nicht geschlossenen Gewässer unterliegen einer wöchentlichen und einer jährlichen Schonzeit.“

§ 4. Die wöchentliche Schonzeit erstreckt sich auf die Zeit von Sonnabend Abend um 6 Uhr bis Montag Morgen um 4 Uhr.

Während der Dauer der wöchentlichen Schonzeit ist jede Art des Fischfangs in nicht geschlossenen Gewässern verboten.

Die Bezirks-Regierung ist jedoch ermächtigt, für bestimmte Fanggeräthe, durch welche der Zug der Wanderfische nicht verhindert wird, Ausnahmen von diesem Verbot zeitweilig oder allgemein zu zulassen, sowie

§ 5. „Die jährliche Schonzeit tritt entweder im Winter oder im Frühjahr ein und erstreckt sich im Winter

wässer zum Zwecke des Fischfangs nicht abgedammt, abgelassen oder ausgeschöpft werden.

§ 12. Fischwehre, Fischzäune und damit verbundene Selbstfänge für Lachs und Alal dürfen nicht neu angelegt werden, wo sie noch nicht vorhanden sind.

§ 13. Das Einhängen oder Einlegen von Neusen, Körben oder Netzen in Mühlengerinne oder Wasser durchlässe an Schleusen, Wehren oder Wassersäulen für Zwecke des Fischfangs ist verboten.

§ 14. Nach Ablauf von 2 Jahren vom Erlaß dieser Verordnung an gerechnet, dürfen beim Fischfang in nicht geschlossenen Gewässern keine Fanggeräte (Netze und Geschüte jeder Art und Benennung) angewendet werden, deren Deffinitionen (Mächen) im nothigen Falle an jeder Seite (von Knoten zu Knoten) nicht mindestens eine Weite von 2,5 Centimeter haben. Diese Vorschrift erstreckt sich auf alle Theile oder Abtheilungen der Fanggeräthe. Die Bezirks-Regierung ist ermächtigt, Ausnahmen von dieser Vorschrift im Falle des Bedürfnisses für bestimmte Arten von Fanggeräthen zuzulassen. Fanggeräte, welche ausschließlich für den Fang von Alal bestimmt sind, dürfen ausnahmsweise eine Weite von 2 Centimeter haben.

§ 15. Jene Erlaubnis der Aufsichtsbehörde dürfen am Ufer oder Flussbett bestehende oder verankerte Fischerei-Vorrichtungen (Hauen u. s. w.) oder schwimmende Netze sich niemals weiter als über die Hälfte des Wasserlaufes, in seiner Breite, bei gewöhnlichen niedrigen Wasserstande vom Ufer aus gemessen, erfreuen. Mehrere derartige Fischerei-Vorrichtungen dürfen gleichzeitig auf derselben oder auf der entgegengesetzten Uferseite ohne Erlaubnis der Aufsichtsbehörde nur in einer Entfernung von einander ausgeworfen oder angebracht sein, welche mindestens das Dreifache der Längenausdehnung des größten Netzes beträgt.

§ 16. Der Betrieb der Fischerei in schiffbaren Gewässern darf die Schiffsfabrik nicht hindern oder stören. Feste oder schwimmende Fischerei-Vorrichtungen und alle sonstigen Fanggeräte müssen so aufgestellt und eingerichtet sein, daß die freie Fahrt der Schiffe und Fähren nicht behindert wird.

§ 17. Zuwidderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden, insoweit dieselben nicht den Strafbestimmungen des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 (§§ 49 ff.) unterliegen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark Reichsmünze oder Haft bestraft. Zugleich kann auf Einziehung der bei der Ausübung der Fischerei verwandten unerlaubten Fanggeräthe erlassen werden.

§ 18. Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, die Vorschriften dieser Verordnung über die Schönzeiten in den §§ 3-9, über verbotene Fangmittel in den §§ 11-13 und über Verbrennungen in der Nutzung derselben in den §§ 14 und 15 für diejenigen Gewässer oder Strecken derselben ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen, welche nicht ausschließlich Unserer Hoheit unterworfen sind.

§ 19. Alle auf den Gegenstand dieser Verordnung bezüglichen, auf Gesetze oder Verordnung beruhenden Vorschriften treten, soweit sie den Vorschriften dieser Verordnung entgegenstehen, außer Kraft.

13) Neuordnungen über den Ständeaus-Fonds pro 1873 und 74. Dieselben werden nach dem Antrage der Landes-Deputation ohne Vorbehalt verhängt.

14) Landtagskosten-Fonds pro 1873 und 1874. Die Landes-Deputation überreichte die von der Landes-Hauptkasse gelegten beiden Rechnungen. Indem sie bittet, die Mehrausgaben gegen den Etat, welche sich nicht haben vermeiden lassen, in Höhe von 19 Thlr. 5 Sgr. resp. 52 Thlr. 10 Sgr. zu genehmigen, beantragt sie, die Rechnungen über den Landtagskosten-Fonds pro 1873 und 1874 vorbehaltlos zu beschaffen.

Referent Abg. Schoneck motiviert den Antrag des Finanzausschusses: der Provinziallandtag wolle beschließen, die Staatsüberreitungen zu genehmigen und die Rechnungslegung über den Fonds pro 1873/74 verhängen.

Der Landtag tritt dem bei. Die

15) Rechnung über den von Koitzwitschen Spinnerei- und Weber-Fonds pro 1874 wird, nachdem Abg. v. Haugwitz kurz über die Gesetze dieser Fonds berichtet hat, beschafft.

Geben die

16) Rechnungen der Provinzial-Darlehnskasse pro 1874.

17) Etat der Provinzial-Darlehns-Kasse. Die Landes-Deputation legt einen auf Grund der von dem Directorium der Provinzial-Darlehns-Kasse gemachten Vorschläge aufgestellten Entwurf zu dem Etat der Provinzial-Darlehns-Kasse pro 1876 vor und stellt dem Landtag anheim, diesen Etat zu genehmigen und in Einnahme und Ausgabe mit je 1,756,054 Mark festzusetzen.

Nach den beigegebenen Erläuterungen standen Ende December 1874 an statutärmäßig bewilligten Darlehen noch 1,615,974 Mark aus, von denen 96,054 Mark im Jahre 1876 eingehen. Das Vermögen der Kasse betrug am December 1874 2,662,751 Mark. Die circulirenden, mit einer zwölftmonatlichen Laufzeit ausgefertigten 1,500,000 Mark Darlehns-Kassenscheine sind im Laufe des Jahres in sechs Terminen eingulden; es kann aber an deren Stelle ein gleicher Betrag neu ausgegeben werden.

Nachdem der Referent Abg. Graf v. Rothkirch-Trach reserirt, motiviert der Correferent, Abg. Gobbin, den Antrag, der Ausschuss wolle sich mit dem Chef der Reichsbahn, dem Fürsten-Reichsfanzer in Verbindung setzen, um, wenn irgend möglich, die Aufrechterhaltung des Vertrages wegen Auslösung resp. Annahme der Darlehns-Kassenscheine unter näher zu vereinbarenden Modalitäten zu erreichen.

Der Landtag nimmt diesen Antrag ohne Discussion an.

18) Zweite Berathung. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage betreffend die Unterstüzung niederer landwirtschaftlicher Lehr-Anstalten.

Der königl. Landtags-Commissarius hatte den Provinzial-Landtag ersucht, die zur Bewerbung der vom 1. Januar c. ab überwiesenen Fonds zur Weiterführung und Verwaltung der niederen landwirtschaftlichen Schulen in der Provinz Schlesien, welche mit den ihnen im Jahre 1875 gewährten Staatsbeihilfen auf die Provinzial-Bewaltung übergehen, erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig treffen zu wollen. Es handelt sich dabei um die Aderbauschule zu Bopelau bei Rybnik und die Aderbauschule in Nieder-Briesnitz bei Sagan. Für jede derselben beträgt der 1875 gewährte Staatszufluss 4800 Mark.

19) Bericht des Finanz-Ausschusses, betreffend das zu Ehren Sr. Majestät des Kaisers und Königs veranstaltete Provinzialfest.

Referent Abg. Gobbin motiviert folgende Anträge:

Der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

a) Die Rechnung über die Kosten des von Sr. Majestät dem Kaiser und Könige alljährlich angenommenen, am 10. September v. J. im Stände-Hause stattgefundenen Ballfests der Provinz Schlesien zu beschaffen;

b) die Kosten des vorbezeichneten Festes im Betrage von 70,173 M. 52 Pf. auf die Zinsen-Uberfülle der Provinzial-Hilfs-Kasse der Jahre 1873 bis 1875 anzuzweisen;

c) diejenigen Gegenstände, welche behufs würdiger Ausstattung des Festes zur Instandsetzung und Decoration der Räume des Ständehauses angeschafft, soweit sie unverhältnißig geblieben sind, dem Inventarium des Ständehauses einzuerleben.

Der Referent bittet unter lautem Beifall der Versammlung, diese Anträge einstimmig anzunehmen, um sie auch der Provinzialvertretung den Dant und die Anerkennung des Landtages auszufordern für die glückliche Durchführung des Festes und gefürchtete Überwindung aller Schwierigkeiten.

Die Versammlung nimmt die Anträge einstimmig an.

Schließlich erfolgt die Wahl der für Nr. 4 der heutigen Tagesordnung beschlossenen Commission. Es werden per Acclamation gewählt die Herren: Prinz Hohenlohe, Himmel, Dr. Riedel, v. Röder, Werner, Gobbin und Graf Stollberg.

Nächste Sitzung den 12. Mittags 12 Uhr.

= Breslau, 12. Jan. [Niederschlesisch-Märkischer Bahnhof.] Der Zug Nr. 16 ist wegen späterer Ankunft aus Ober-Schlesien mit 44 Min. Verzögerung von hier abgefahren.

Angekommen: Se. Durchlaucht Herrmann Fürst v. Habsburg-Trachenberg, freier Standesherr aus Schloss Trachenberg.

* [Aus Hermendorf] schreibt man uns: „Kutschpartie nach der Burg Kynast und Petersbaude eröffnet und bereits vielsach besucht. Schlittenbahn im Wald und nach Josephinenhütte vorzüglich. Kälte am 11en 2 bis 3 Grad. — Schlitten und Pferde für die Kutschpartien in Liege's Hotel in Hermendorf u. s. s.

□ Glogau, 11. Januar. [Entscheidung des Appell-Gerichts-Gewerbeverein.] Bemerkenswerth ist eine jüngst getroffene Entscheidung des hies. Appell-Gerichts in Sachen der fahrlässigen Tötung der Frau Gisela Böhme in Mengelsdorf bei Görlitz. Der Lebhang des Görtscher Apothekers Körner hatte einer Sendung Brunnen aus Versehen einige Flaschen mit Salzsäure beigesetzt und war die Benennung infolge Genusses von Salzsäure gestorben. Apotheker Körner wurde i. S. von dem Görtscher Kreisgericht freigesprochen, weil er persönlich verantwortet hatte, daß die Bevölkerung damals nicht durch ihn persönlich, sondern durch seine Leute ausgeführt worden war. Dieses Urteil vernichtete jedoch das Königl. Appell-

Gericht und verurteilte den Apotheker Körner zu dreimonatlicher und den Lehrling, welcher die Sendung beorgt, zu viermonatlicher Gefängnisstrafe. — Unter Gewerbeverein steht schon seit längerer Zeit an einer bedeutenderen Interessenseite eines großen Theils seiner Mitglieder, und der stellvertretende Vorsitzende, Herr Dr. Meyer, welcher die geistige Versammlung leitete, dachte nicht ohne Grund befürchtet, daß diese Versammlung ihr nicht mehr seines fünfundzwanzigjährigen Jubiläum wohl kaum erleben wird. Ein wichtiger Zweig bat sich von diesem Stamme losgelöst und er besteht jetzt recht fröhlich. Es ist dies der Handwerker-Verein. Er pflegt besonders den praktischen Theil. Trotzdem wäre die Möglichkeit vorhanden, den Stamme zu erhalten, ja wieder zu kräftigen, wenn die vorhandenen Kräfte nach der in der Ansprache des Vorsitzenden gegebenen Anregung sich vereinigen wollten zur Pflege des wissenschaftlichen Theils auf diesem Gebiete.

Der Goldmarkt war übrigens reichlich verschwendet, während sie per Cassa unbedeutend ausgaben; und Laurahütte brüllte sich stärker, weil man sich erzählte, die russische Regierung,

oder wie andere wissen wollten, die Verwaltung einer preußischen Bahn habe die Abnahme einer bedeutenderen Schienen-Lieferung verweigert. Es stellten sich Disconto-Commandit 124,75, pl. 126—4½—5, Dortmund Union 10,10, Laurahütte 67,40, ult. 68½—66½. Der Goldmarkt war übrigens reichlich verschwendet, man discontierte Prima-Disconto zu 4% und dem Geldvorrathe mag es auch zuzuschreiben sein, daß fremde Devisen am-

Die internationalen Speculationspapiere erhöhten mit erhöhtem Course und weisen, trotzdem die Coursetbewegung dann fortwährend eine rückläufige war, doch gegen letzteren eine Advance auf, — der Verkehr in diesen Werthen war aber ein ziemlich belangloser. Auch Österreichische Nebenbahnen gingen wenig um. Galizier und Böhmisches Eisenbahn weichend. Ausländische Staatsanleihen waren wenig fest und ließen fast sämlich in den Coursen nach, nur 60er Loos machen eine Ausnahme und zeigen etwas an. Italiener und Französischer verhältnismäßig. Österreichische Renten konnten letzte Notiz nicht behaupten. Russische Werthe matter. Bodencredit, Bahnen und Pfd. Staatsanleihen ließen im Course etwas nach. Preußische Fonds ruhig, von anderen deutschen Staatsanleihen zeichneten sich die Prämien-Anleihen durch bessere Nachfrage aus. Prioritäten blieben ruhig und preußische 4% prozentige Devisen waren bevorzugt. Auf dem Eisenbahn-Acien-

Markte herrschte eine sehr lustlose und ziemlich gedrückte Haltung. An-

halter billiger Halberstädter etwas anziehend, Stettiner matter, Potsdamer eher gehabt, Oberschlesische, Rechte Oder und Freiburger recht fest, Görlicher gingen zu leichter Notiz um. Weimar-Gera zog an. Rumänen ziemlich fest, jedoch ohne Geschäft, Schweizer Weinbahn matt. Banknoten ziemlich fest, aber sehr ruhig. Deutsche Banken bei regelmäßiger Geschäft anziehend. Gewerbe-

bank Schuster etwas anziehend, Braunschweiger, Hannoverische Hypothekenbank belebt und höher, Meddeburger Bodencredit besser, Englische Wedeler-

bank ging zu steigenden Coursen ziemlich lebhaft um. Austria-Italienische Bank sehr stabil, ebenso Berliner Wechselbörse vernachlässigt. Darmstädter

Betriebank ließ im Course nach. Industriepapiere ohne Leben. Biehdorf-

matt, Neptun sehr beliebt und steigend, Centralstrassen höher, Eggersdorf

Maschinen, Hannoversche Maschinen belebt, Oberschlesischer Eisenbahnvertrag begehrt, Applereder, Massener, Bönnig und Harpener höher und beliebt, Kölnischer Bergwerke und Donnersmarck matt, Arenberger und Tarnowischer gebrückt, Bonifacius niedriger. — Um 2½ Uhr: ruhig, ziemlich fest. Credit 334, Lombarden 193½, Frankf. 517, Reichsbank 162½, Disconto-Com-

mandit 124%, Dortmund Union 10,10, Laurahütte 67, Köln-Mindener 92%, Rheinische 110%, Bergische 77, Rumänen 27%. (B. u. H.-S.)

= Wien, 9. Jan. [Von der Börse.] Indem die mit dem 1. Januar in's Leben getretene autonome Börsenleitung die ihr nun eingeräumte Selbstständigkeit dazu benutzt, sofort eine Änderung der Usance im Effekten-

handel anzurufen, gab sie dem Verlangen der überwiegenden Majorität der Börse und insbesondere auch den Vorstellungen der Wechselstube Folge,

ohne sich darüber zu täuschen, daß die günstige Entwicklung, welche man sich in Speculationskreisen von der Maßregel versprach, in das Gebiet der Illusionen gehöre. Man kann über die Zweckmäßigkeit separater Binsenvergütung im Effectenhandel sehr verschiedener Meinung sein. Es gibt Leute, welche diesen Modus bei allen Papieren, Leute, welche ihn nur bei einer Auswahl zweifellos rentabler Werthe, und Leute, welche ihn gar nicht anwenden wollen. Die Börsenammer selbst schwante rücksichtlich der Ausdehnung des zu fassenden Beschlusses und war sehr geneigt, in den Handel mit Binsen nur diejenigen Actien einzubeziehen, welche im letzten Semester ein Baarertragnis abgeworfen haben. Das wäre auch das Verhältnis gewesen, konnte aber nicht accepted werden, weil eine Opportunitydrücklichkeit entgegenstand, die nämlich, daß in diesem Falle die Actien im Publikum stark verbreiteten Actien der Donau-Dampfschiff-Gesellschaft und die Actien der Südbahn vom Binsenhandel ausgeschlossen, also mit Schimpf belegt gewesen wären, was namentlich rücksichtlich des leichten Wohlstandes die Binsenhandel ausgeschlossen, aber die Binsenhandel ausgeschlossen, was namentlich rücksichtlich des leichterwähnten Papiers die Störung schwedender Verhandlungen und schwerwiegender materieller Schaden zur Folge gehabt hätte. So kam man denn zu einem meines Einschlags nicht eben glücklich gewählten Ausfallsmittel. Wie man seinerzeit die Abwicklung des separaten Binsenvergütung ausnahmslos decreierte, um nicht die nothleidenden Eisenbahn-Actien speciell benennen und dadurch proscriben zu müssen, so läßt man jetzt die Binsenvergütung auch dort, wo sie durchaus nicht am Platze ist, wieder ein, um nicht gegen Patrouillen zu verstossen. Man nennt das bei uns consequent. Was man der Meinung, daß die Actien der Dampfschiffsgesellschaft demnächst wieder ein bestes Crätagnis liefern werden, daß die Regeneration der Bodencredit-Anstalt bald wieder zu einem Crätagnis für die Actionäre führen, daß die Verhandlungen wegen Trennung des Südbahnnetzes bald erfolgreich beendet sein werden — so konnte man rücksichtlich dieser Papiere innerhalb einer Ausnahme statuiren. Das wollte man nicht, und der faktischen momentanen Schwäche wollte man andererseits auch nicht Rechnung tragen. So kam man denn zu der Vorerkennlichkeit, den Binsenhandel allgemein, und zwar auch rücksichtlich solcher Werte "Worte" anzurufen, bezüglich deren die zu vergleichenden Binsen den Cours der Aktie selbst übersteigen. Die Folge davon kann nur die sein, daß die vernachlässigten Papiere ihren Cours um den Betrag der nun separaten leistenden Binsenvergütung reduzieren, also scheinbar noch weiter fallen, daher in den Augen des mit den Börse-Ursachen unbekannter Publikums noch mehr, als bereits geschehen, discreditirt werden. Daß die im Verlehr stehenden Papiere durch die Wieder-einführung des Binsenhandels gewinnen werden, hat die Börsenammer so wenig geglaubt als manche andere Leute.

Es gehörte diese Annahme zu den Schlagworten, welche, einmal ausgeholt, von der Maße gläubig nachgeplättet werden. Erfahrene Leute wissen und wußten, daß die Änderung der Usance, selbst wenn sie eine Verbesserung enthält, in ihrer Wirkung auf den Effectenhandel höchstens jenen organisatorischen Arbeiten gleich zu stellen ist, welche auf dem Gebiete der Börse-Justiz und der Coursetblatt-Redaction tatsächlich mit ebenso viel Eifer als Geschäft ausgeführt werden sind. Sie liefern die Baussteine zu einem soliden Gefüge als die bisherigen Einrichtungen aber eine unmittelbare Wirkung konnte doch nur ein Phantast erwarten, da zu einer günstigen Wendung des Effectenhandels außer einer prompten Judicatur und einem wahrscheintlichen Greifreiten Coursetblatt noch einige andere Bedingungen gehören, welche eben jetzt leider nicht vorhanden sind.

Die Unannehmlichkeiten, mit welchen das Jahr 1875 sich verabschiedete,

wie z. B. die fadenscheinigen Bilanzen der Creditanstalt und Unionbank,

die Börsenämter bei der Ungarischen Creditbank ic. ic., sind bereits ver-

wunden; dafür aber hat sich das neue Jahr bereits mit einer Serie von

Calamitäten introduciert, deren jede vollkommen geeignet wäre, den Markt in empfindlichster Weise zu stören. Die Zweifel an der Erfüllung des

demnächst fälligen Coupons türkischer Werthe und an der Provisoriat der

egyptischen Finanzen, die handels-politischen Verhandlungen mit Ungarn,

deren ungeheure weitgehende Consequenzen nicht eingehend genug erwogen

werden können, und Befürchtungen internationaler Verwicklungen haben den Verlehr gelähmt und die Börse in einen Zustand banger Sorge versetzt.

Hierüber nächster Tage mehr.

[Börsenberichte.] Stettin: Rohzucker haben sich im Preis behauptet und wurden 5000 Crt. I. Produkte mit M. 27,75—29 gehandelt, raffinierte Zucker unverändert. Syrup wenig Geschäft, Kopenhagen M. 22,50 tr. gef., englischer 20,50 tr. bez., Candis-Syrup 12—14 gef., Starke-Syrup 14—15 gef.

Hamburg: Rohzucker ohne Umsatz. Raffinierte Zucker. Notirungen für Rajnuden M. 3—0 M. 33,00—38,00, für Melts M. 8—4 28,50—32,00.

Candis. Notirung: Weißer M. 45,00—48,00, gelber 35,00—35,50, brauner 33,50—34,50. — Syrup. Notirung: Brauer Dampf M. 15,00—16,00, feiner brauner do. 16,50—17,00, gelber do. 17,50—18,00 pr. 50 Kilo. Portobath Ende December 1875: Havana 1078 Riesen, Portorico 230 Zoff, 165 Quadratstündlicher 300 Mitt. 100 Kilo, Übersee 230 Matzen, 5470 Säcke, zusammen 1½ Millionen

nationalität des Handels. — In den Eingewinden der Erde. — Indigo. — Deutsche Banknoten nach dem 1. Januar 1876. — Literatur. — Juristisches. — Postalisch. — Vermischtes. — Insolite.

Berliner Börse vom 11. Januar 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam	100Fl.	8 T. 3	169,20	bz
do.	do.	2 M. 3	163,20	bz
London	1 Lstr.	3 M. 5	20,17	bz
Paris	100 Frs.	8 T. 4	86,85	bz
Petersburg	100SR.	3 M. 5	265,50	bz
Warschau	100SR.	8 T. 5	261,70	bz
Wien	100 Fl.	8 T. 5	174,43	bz
do.	do.	2 M. 5	174,50	G

Fonds- und Gold-Course.

Staats-Anl.	4 1/2% consol.	4	103,25	bz
do.	4 4/4%	4	99,40	bz
Staats-Schuldscheine.	3 1/2%	3	92,30	bz
Präm.-Anleihe v. 1865	3 1/2%	3	129,25	bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2%	1	101,50	B
do.	101,90	bz		
Pommersche	3 1/2%	83,80	G	
Pommersche neue.	3 1/2%	94,10	bz	
Schlesische	3 1/2%	83	bz neue	84
Kur.- u. Neumärk.	4	96,30	bz	G50
Pommersche	4	96,00	bz	bz
Posensche	4	96,00	bz	B
Preussische	4	96,00	bz	B
Westfäl. u. Rhein.	4	98,00	bz	
Sachsenische	4	97,50	bz	
Schlesische	4	96,60	bz	
Badische Präm.-Anl.	4	126,60	bzG	
Bayerische 4% Anleihe	4	122,80	B	
Göln.-Münd. Prämiensche	3 1/2%	107,75	bz	

Karh. 40 Thaler-Loose	258,75	bz
Badische 35 FL-Loose	141,50	bz
Braunschw. Präm.-Anleihe	84,90	bzG
Oldenburger Loose	138,00	B

Ducaten	9,49 G	Fremd-Bldn.	99,75 G
Sover.	20,29 G	einl.Liep.	—
Napoleons	16,20 G	Oest. Bldn.	176,10 bz
Imperials	16,65 bz	Russ. Bldn.	262,30 bz
Dollars	—		

Hypotheken-Certificate.

Krapp'sche Partial-Obl.	5	100,50	bz
Galk.Pfd. d.Pr.Hyp.-H.	4 1/2%	98,75	bzG
do.	do.	95	bz
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	4 1/2%	95,75	bzG
Kündl.Cent.-Bod.-Cr.	4 1/2%	100,19	bz
Unkund.	do.	107,82	bz
do.	rückz.B.	110	bz
do.	do.	105,75	bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	102,00	bzG
do.	III. Em.	do.	
Kündb.Hyp.Schuld.c.	5	99,75	bzG
Hyp.-Anth.Nord.G.C.B.	5	101,90	bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	104,75	bz
do.	do.	101,75	bz
Goth. Präm.-Pl. I Em.	5	105,25	bz
do.	do.	105,25	bz
do. 5% Pfrd.-Bldn. 110	5	102,60	bz
do. 4% do. do. m. 116 4/2%	5	95,90	bz
Meiningers Präm.-Pfd.	4	100,25	bz
Oest. Silberpfandb.	5	64,50	bz
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	5	61,90	bzG
Böhls. Bod.-Crd.-Cr.-Ge.	5	100,00	G
do.	do.	94,90	bzG
Büd. Bod.-Crd.-Pfd.	5	102,00	G
do.	do.	94,90	bzG
Wiener Silberpfandb.	5	52,75	G

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/2%	64,30	bz
do. Papierrente	4 1/2%	60,20	bz
do. 54er Präm.-Anl.	3	106,50	bz
do. Lott.-Anl. v. 69.	5	112,75	bz
do. Credit-Loos.	—	33,90	bz
do. 64er Loos.	—	29,00	bz
Euras. Präm.-Anl. v. 84	5	188,50	bz
do.	do.	182,25	bzG
do. Bod.-Crd.-Pfd.	5	65,10	bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	90,75	bz
Russ. Poln. Schatz-Obl.	4	86,25	bz
Pola. Liquid.-Pfandb.	4	69,90	bz
Amerik. rückz. P. 1881	102,90	bz	
do.	do.	100,90	etbz
do. 5% Anleihe	5	99,50	bz
Fränkische Rente	5	—	
ital. neue 5% Anleihe	5	71,50	bz
ital. Tabak-Oblig.	6	100,50	bz
Raab.-Grazer 100 Thlr.	4	78,50	G
Rumanische Anleihe	5	194,75	bz
Türkische Anleihe	5	19,20	bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	73,20	bz

Schweidische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	41,60
Türken-Loose	39,20

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg-Mark. Serie II	4 1/2%	99,50	B
do.	III. v. St. 3 1/2%	84,80	bz
do.	V. St. 1/2%	96,25	bz
do.	Hess. Nordbahn	103,25	bz
Berlin-Görlitz	5	102,75	bz
do.	Lit. C.	—	
Breslau-Freib.	5	—	
do.	F.	—	
do.	G.	—	
do.	H.	93	B
do.	J.	90	50
do.	K.	91	25
Cöln-Minden III. Lit.A.	4	97,50	bz
do.	Lit.B.	4 1/2%	99,00
do.	IV.	91	50
do.	V.	89,50	G
Halle-Sorau-Gub.	5	96,00	bz
Hannover-Altenbeken	4 1/2%	—	
Märkisch-Posener	5	102	G
W. St. Statat. I. Ser.	4	97,50	B
do.	II. Ser.	4	96,50
do.	III. U. II. Ser.	4	97,75
do.	III. Ser.	4	97,90
Oberschles. A.	4	—	
do.	B.	3 1/2%	86
do.	C.	4	91,00
do.	D.	4	100,25
do.	E.	4	97,75
do.	F.	4	102,10
do.	G.	4	97,50
do.	H.	4	103,00
In Liquidation.	—		

Industrie-Papiere.

Berl.Eisen.-Bd.-A.	7 1/2%	132,50	B
D. Eisenbahn-B.-G.	0	8,40	bz
do. Reichs-Ob.-Co.	4	4	17
Berl.Prod.-Makr.-B.	0	91,25	bzG
Nord. Gummidr.	5 1/2%	46	B
do. Papierfabr.	4	19	B
Wetland, Com.-G.	0	8	G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	189/5	125,99	G
Berl. Bank.	—	57,50	B
Berl. Bankverein	4 1/2%	71	bz
Berl. Lombard-B.	0	6	B
Berl. Prod.-Makr.-B.	0	—	
Berl. Wechsler-B.	0	37,50	G
Berl.-Pr.-Wechs.-B.	0	—	